# Kein Raum für Rechtsextremismus

## Rechtliche Hinweise und Ratschläge für Kommunen

Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg

## Inhalt


Vorwort ..... 3

1. Warum betrifft mich das Thema? ..... 5
2. Umgang mit Rechtsextremist*innen bei Veranstaltungen ..... 7

2.1 Ausschluss aus einer kommunalen Veranstaltung ..... 7

2.2 Veranstaltungen gegen Störungen schützen ..... 9

2.3 Kommunale Veranstaltungen in privatrechtlichen Räumen ..... 11

3. Öffentliche Einrichtungen und Räume ..... 12

3.1 Nutzungsberechtigung öffentlicher Einrichtungen ..... 12

3.2 Nutzungsberechtigung für Parteien und politische Veranstaltungen ..... 13

3.3 Vermietungen kommunaler Räume ..... 15

4. Auf Augenhöhe: Gemeinsames Vorgehen von Zivilgesellschaft und Kommune ..... 19

5. Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg ..... 21

6. Weiterführende Literatur ..... 23

## Vorwort

Liebe Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen,

manche von uns kommen im beruflichen Alltag mit rechtsextremen Personen, deren Organisationen und deren ausgrenzenden, demokratiefeindlichen Veranstaltungen oder Inhalten in Kontakt.

Das Neutralitätsgebot, die Chancengleichheit und das sogenannte Parteienprivileg legen einen engen Rahmen um das Verwaltungshandeln. Und dies ist richtig. Es ist ein hohes Gut, dass die Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger und deren organisierte Zusammenschlüsse vor dem Eingriff durch staatliche Stellen geschützt sind.[1]

Jetzt stehen viele von uns aber vor der Situation, Veranstaltungen von Organisationen genehmigen zu müssen, welche die Rechte unseres Grundgesetzes nur selektiv anerkennen wollen.

Eine Grenze ist für uns erreicht, wenn rechtsextreme, rassistische, antiziganistische, islamfeindliche und antisemitische Volksverhetzung und Beleidigungen stattfinden und diese Hetze zu Überfällen

und Attentaten gegen engagierte Persönlichkeiten oder zufällige Passant*innen führen. Sie bedrohen damit die im Grundgesetz garantierten Freiheiten von jedem/jeder von uns.

Mit dieser Broschüre möchten wir zu einem kommunal- und verwaltungspolitischen Diskurs beitragen, der eine moralbasierte Vorstellung von Verwaltungshandeln in den Vordergrund stellt. Wir sind davon überzeugt, dass Kommunen den gesellschaftlichen Auftrag haben, umfassend und sachlich über politische Hintergründe zu informieren und unsere Bürger*innen zu schützen.

> *„Für das Reichsjustizministerium war es fatal, dass sich seine Juristen bloß als ‚unpolitische' und ‚sachliche' Rechtstechniker verstanden. Weil es ihnen an demokratischen Werten und Überzeugungen fehlte, hatten sie keine Bedenken, ihr hohes handwerkliches Können in den Dienst von Hitler zu stellen."*
>
> *(Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.[1])*

Auf einer differenzierten Ebene haben auch kommunale Gremien und Verwaltungen Möglichkeiten, dem fortschreitenden Rechtsextremismus sachlich zu begegnen.

Lassen Sie uns nicht wegschauen, sondern offen für die Freiheit unserer Demokratie eintreten.

Stephan Doll

Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus

Geschäftsführer der DGB-Region Mittelfranken

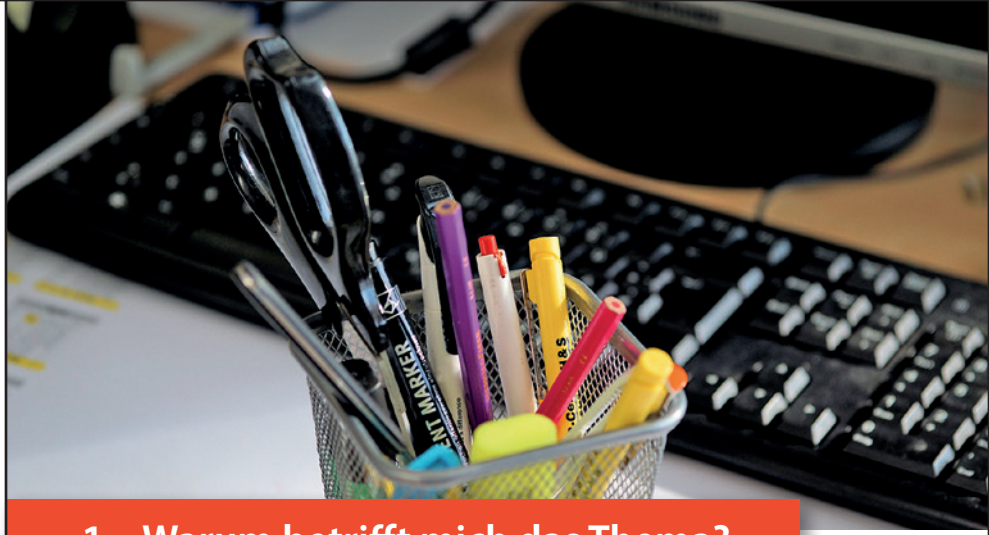
Dr. Elisabeth Preuß

Stellvertretende Vorsitzende der Allianz gegen Rechtsextremismus

Bürgermeisterin a. D. der Stadt Erlangen

1) Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz „Von Recht zu Unrecht. 170 Jahre Geschichte des Justizressorts", Berlin, 2019, S. 20





# 1. Warum betrifft mich das Thema?

Diese Broschüre richtet sich an Vertreter*innen von Gebietskörperschaften, Verwaltungsangestellte, Quereinsteiger*innen sowie Ehrenamtliche in der kommunalen Verwaltung. Sie soll als Handreichung im Umgang mit Rechtextremist*innen im Kontext von Raumvermietungen und Veranstaltungen dienen.

Die rechtsextreme Szene hat sich in den letzten Jahren immer weitreichender verändert und ist in sich heterogen. Eine allgemein gültige Definition des Rechtsextremismus ist daher schwer und oft nicht zielführend. Spätestens seit den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung wissen wir allerdings, dass rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen zunehmend vom Rand in die Mitte der Gesellschaft rücken.

Während die rechtsextreme Szene vor einigen Jahren offen gewaltbereit und mit klaren Bezügen zum historischen Nationalsozialismus aufgetreten ist, verstecken sich ihre Inhalte heute oft hinter pseudo-intellektuellen Konzepten. Die „Neue Rechte", zu der z. B. die „Identitäre Bewegung" zählt, zersplittert sich in verschiedene rassistische und antidemokratische Strömungen und Organisationen. Es werden Publikationen in eigenen Verlagen veröffentlicht, „alternative" Medien angeboten und Aktionen öffentlichkeitswirksam und modern im Internet oder in den „sozialen" Medien beworben. Die „Neue Rechte" hat sich über die letzten Jahre zu einer

Bewegung entwickelt, die unsere demokratische Grundordnung zunehmend bedroht. Rassistische Einstellungen werden durch ihr Agieren im „vorpolitischen Raum“ verbreitet. Sie ist besonders gefährlich, da ihre Vorgehensweise und Selbstdarstellung die Ideologie dahinter verschleiert. Die Grenzen des Unsagbaren werden bewusst ausgereizt und überschritten. Aus Worten werden Taten.

In dieser Broschüre werden insbesondere zwei Fragen geklärt:

- Was muss bei eigenen Veranstaltungen beachtet werden und wie kann auf Störungen durch Rechtsextremist*innen reagiert werden?
- Welche Handlungsspielräume gibt es bei Anmietungsversuchen durch Rechtsextremist*innen?

Es ist notwendig für jede*n von uns, wachsam zu bleiben und Aussagen, Veranstaltungen und Anmietungsversuche kritisch zu hinterfragen und genauer hinzusehen. Dazu möchten wir Sie in dieser Broschüre motivieren. Nicht nur die Zivilgesellschaft ist im Eintreten gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gefordert. Von zentraler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Kommunen, ihre Mitarbeiter*innen und die dort ehrenamtlich Aktiven. Wir müssen uns alle gemeinsam darum bemühen, unser demokratisches Gemeinwesen nicht durch verfassungsfeindliche Agitationen unterwandern zu lassen. Es muss klar sein, dass an unseren demokratischen Grundwerten und an der Achtung der Menschenwürde nicht zu rütteln ist. Wir sind mehr denn je gefordert, für eine weltoffene und friedliche Gesellschaft einzustehen.

# 2. Umgang mit Rechtsextremist*innen bei Veranstaltungen

## 2.1 Ausschluss aus einer kommunalen Veranstaltung

Bei **öffentlichen Veranstaltungen** einer Kommune können Personen grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Dies gilt auch für Personen, die verfassungsfeindliche Ansichten vertreten, z. B. aus dem rechtsextremen Spektrum. Auch sie können nur in engen Grenzen von kommunalen Veranstaltungen

Die vollständige Broschüre erhalten Sie auf Anfrage bei:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

oder unter:
**kontakt(at)allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

Die vollständige Broschüre erhalten Sie auf Anfrage bei:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

oder unter:
**kontakt(at)allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

Die vollständige Broschüre erhalten Sie auf Anfrage bei:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

oder unter:
**kontakt(at)allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

# 3. Öffentliche Einrichtungen und Räume



Die vollständige Broschüre erhalten Sie auf Anfrage bei:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

oder unter:
**kontakt(at)allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

Die vollständige Broschüre erhalten Sie auf Anfrage bei:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

oder unter:
**kontakt(at)allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

Die vollständige Broschüre erhalten Sie auf Anfrage bei:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

oder unter:
**kontakt(at)allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

# 4. Auf Augenhöhe: Gemeinsames Vorgehen von Zivilgesellschaft und Kommune

Kommunen stehen in einer immer stärker polarisierten Gesellschaft und einem Anstieg rechtsextremer und -populistischer Einstellungen tagtäglich vor der Herausforderung, als neutrale Verwaltungseinrichtungen zu agieren und gleichzeitig Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Das politische Klima in Städten und Gemeinden wird aber nicht nur stark vom Zusammenwirken der Politik und Verwaltung, sondern auch der aktiven Zusammenarbeit mit den Bürger*innen geprägt. Diese Zusammenarbeit zwischen Kommune und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kann für eine konstruktive, breit aufgestellte und nachhaltige Arbeit gegen Rechtsextremismus sorgen!

So können kommunale Präventionsgremien, wie z. B. „Runde Tische“ oder lokale „Bündnisse für Demokratie“, Problemlagen besser erkennen und Strategien entwickeln, die zu einer weltoffenen politischen Kultur beitragen. Das stärkt die Bürger*innenbeteiligung und bietet kommunalen Akteur*innen eine gute Basis für ihr Handeln. Erfolgreiche Vernetzung fördert die Gemeinschaft und sie ist unverzichtbar, um sich gegenseitig zu informieren, zu sensibilisieren und gegen Aktivitäten rechtsextremer Gruppen und Parteien zu mobilisieren. Die gegenseitige Anerkennung des jeweiligen

Engagements unterstützt dabei die gemeinsame Arbeit der gleichwertigen Partner Kommune und Zivilgesellschaft.

Gemeinsam ergeben sich hier Handlungsspielräume, die Kompetenzen und Möglichkeiten beider Seiten optimal ergänzen. So hat ein ehrenamtlicher Verein z. B. bei der Veranstaltungsorganisation und -durchführung andere Spielräume als die Kommune (siehe S. 11). Eine kluge Zusammenarbeit kann hier rechtsextremen Vorfällen besser entgegenwirken. Es lohnt sich, hier auch die juristischen Spielräume der gegenseitigen Partner*innen zu kennen und davon zu profitieren. Genauso sollte Zivilcourage gegen Rechtsextremismus und -populismus auch von Politik und Verwaltung flankiert werden.

Rechtsextremen Haltungen darf kein Raum gegeben werden! Hier heißt es gemeinsam Gesicht zeigen, Stimme erheben und sich in Form von öffentlichen Stellungnahmen, Demonstrationen gegen rechtsextreme Gruppierungen und Parteien und klarer Kritik an Diskriminierung und menschenverachtendem Gedankengut zu vereinigen.

Gemeinsam sind wir stark!

# 5. Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg steht seit über 10 Jahren für die gelungene Zusammenarbeit zwischen kommunalen Vertreter*innen und der Zivilgesellschaft. Sie versteht sich dabei als unabhängiges und solidarisches Netzwerk. Egal welchen politischen, sozialen, religiösen, nationalen oder rechtlichen Hintergrund die einzelnen Mitglieder haben, geht es in der Allianz gegen Rechtsextremismus darum, allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Im Bewusstsein, dass wir unsere Ziele nur gemeinsam erreichen können, ist die innere und äußere Handlungsmaxime der Allianz gegen Rechtsextremismus geprägt von der Anerkennung der Würde und dem Wert der menschlichen Person. Ihr geht es darum, die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren und gemeinsame Aktivitäten zu unterstützen.

Mittlerweile zählt die Allianz gegen Rechtsextremismus insgesamt 151 Gebietskörperschaften und 214 zivilgesellschaftliche Initiativen, Organisationen und Institutionen in der gesamten Metropolregion Nürnberg zu ihren Mitgliedern (Stand: November 2019). Geleitet wird sie durch den Vorstand und das Koordinierungsgremium, welches sich aus kommunalen wie zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen der Mitglieder zusammensetzt. Unterstützt werden sie dabei vor allem in den Bereichen Verwaltung und Organisation von der Geschäftsstelle. In verschiedenen Arbeitskreisen, wie dem AK Bildung, AK Sport oder AK Gastro, tauschen sich mitgliederübergreifend Engagierte und Expert*innen regelmäßig aus, entwickeln Bildungs- und Beteiligungsangebote sowie gemeinsame Aktionen, die wiederum positiv in die gesamte Metropolregion hineinwirken. Mit zahlreichen Veranstaltungen, dem Handlungsprogramm, verschiedenen Handreichungen, dem Newsletter und der Kampagne „Wer Demokratie WÄHLT keine Rassisten" informiert die Allianz gegen Rechtsextremismus regelmäßig ihre Mitglieder und Interessierte, sensibilisiert und berät Institutionen, Einrichtungen und Einzelpersonen.

Für ihre Arbeit gegen Rechtsextremismus und für die im Grundgesetz verankerten gesellschaftlichen Werte wurde die Allianz gegen Rechtsextremismus am 20. Oktober 2016 mit dem 1. Preis des Bürgerpreises des Bayerischen Landtags ausgezeichnet. Ein Jahr später, im Dezember 2017, folgte die Auszeichnung des Deutschen Engagementpreises in der Kategorie „Demokratie stärken".



# 6. Weiterführende Literatur


- „Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen zum Umgang mit Rechtsextremisten"; Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, überarbeitete 3. Auflage, 2018
- „Handlungsleitfaden für Gemeinden zum Umgang mit sogenannten Rechts(rock)konzerten und vergleichbaren Veranstaltungen"; Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, 2014
- „Anmietungen durch Rechtsextreme. Schutz für Kommunen und Vermieter"; Landeshauptstadt München, 2012
- „Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus" Vera Henßler, Ulrich Overdieck, vdk Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin, 2014
- „Kein Platz für Rassismus! Wir zeigen Zivilcourage. Hinweise und Ratschläge für Gastronomen und Hoteliers" Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, 2016
- „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018" Andreas Zick, Beate Küpper, Wilhelm Berghan (Hg.), Dietz, JH, 2019



**Impressum**

Herausgeberin: Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Geschäftsstelle
c/o Menschenrechtsbüro
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg
www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Vorsitzende: S. Doll, D. Barth, Dr. S. Nitsche, Dr. E. Preuß, A. Westermann
Redaktion: K. Engelbrecht, D. Groß, S. Patrzek, R. Pfann, Dr. E. Preuß, W. Winter
Bildnachweis: Allianz gegen Rechtsextremismus, Pixabay.com, Toni Mader
Gestaltung: formfinder.de
Druck: Gutenberg Druck + Medien GmbH
Auflage: 3000
Stand: Dezember 2019

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!